Weltkirche in Deutschland

Miteinander den Glauben leben

Herausgegeben von
Klaus Krämer und Klaus Vellguth

HERDER

FREIBURG · BASEL · WIEN

Wie wollen wir leben? Entwicklungspolitische Leitlinien für Christ- und Kirchesein in weltweiter Solidargemeinschaft

von Pirmin Spiegel

Miteinander Mensch sein

Barmherzigkeit als Grundhaltung

Unser persönlicher Lebensstil, unsere politische Organisation des Gemeinwesens, unsere Art des Wirtschaftens, unser Denken und Glauben in Deutschland haben Konsequenzen. Für wen? Für uns selber, für die Menschen in der direkten Nachbarschaft, aber auch für jene an entfernten Orten der Welt und für die Schöpfung. Es spielt für viele Menschen auf unserem Erdplaneten eine Rolle,

- was wir in Deutschland zu welchen Bedingungen konsumieren (z. B. Handys, Kleidung),
- welche Einflussmöglichkeiten wir auf die Prozesse des Herstellens, Kaufens und Verkaufens haben und mit anderen aushandeln (Zugriff auf Rohstoffe, Produktionsbedingungen, Umweltfolgen, Handel),
- was mit dem Geld geschieht, das umgesetzt wird (Löhne und Gewinne),
- wie diese Prozesse bewertet werden (Verantwortung).

Aber nicht nur die Produktion von Gütern bestimmt das Leben vieler Menschen. Heute wird das Leben vielerorts ebenfalls durch die globalen Finanzströme bestimmt, die völlig losgekoppelt von konkreten Gütern sind und lediglich auf den technischen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation beruhen. Prozesse von Güterproduktion und Finanzbeziehungen sind nicht beliebig zu gestalten, weil sie das Leben sehr vieler Menschen rund um den Globus beeinflussen. Des-

wegen können wir heute in Deutschland unser Menschsein nur dann verantwortet leben, wenn wir das Leben unserer Mitmenschen mit im Blick haben. Und umgekehrt gilt es genauso: Ich kann nur leben, wenn mich meine Mitmenschen im Blick haben, mein Leben wollen, mich annehmen, mittragen, mit allen materiellen wie geistigen Schwächen und Stärken, die ich mitbringe. Deswegen brauchen wir Barmherzigkeit füreinander, um uns wechselseitig zu erhalten und auszuhalten. Wo Barmherzigkeit und Annahme nicht mehr möglich sind, da wird Zusammenleben schwierig und letztlich unmöglich. Wo Barmherzigkeit gar nicht mehr in den Blick kommt, wo sie unmöglich wird, weil die Gräben zu groß wurden, oder wo sie gar als überflüssig gilt, da überlassen wir unsere Mitmenschen ihrem Schicksal – und hoffen, dass es uns nicht genauso ergeht. Das Kernanliegen dieser Grundhaltung „Barmherzigkeit" könnte weiter entfaltet werden Richtung Compassion, Gerechtigkeit, Anerkennung und Geschwisterlichkeit, wozu hier aber nicht der Platz ist.

Solidarität und Selbstbekehrung als Auftrag

Im christlichen Glauben weiß ich, dass ich von Gott angenommen bin, unbedingt, mit allen Stärken und Schwächen. Aus diesem Angenommensein durch Gott kann ich nicht herausfallen. Als Ebenbild Gottes kommt mir eine unverlierbare Würde zu – mir und allen Menschen. Die Entfaltung und der Schutz dieser Würde ist die logische Konsequenz aus diesem Bewusstsein des Geschöpfseins. Das gilt unabhängig davon, ob ein Mensch diese Annahme nun persönlich erfährt oder nicht. Zwar hoffen Christen, sie zu erfahren, aber garantiert ist diese Erfahrung nicht. Sie ist Geschenk, theologisch gesprochen „Gnade".

Wo die Würde von Menschen bedroht oder verletzt ist, sei es, weil sie arm sind, weiblich sind, schwarz sind, alt sind, vertrieben sind, entstellt sind, … da wird Gott selbst ignoriert. Folglich ist es eine Aufgabe für Christen und Christinnen sowie für die Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen und pilgerndes Volk Gottes, immer wieder darüber nachzudenken, wo sie selber das Leben anderer persön-

lich und strukturell verunmöglichen, das eigene Leben beschädigen und natürliche Lebensgrundlagen zerstören (Selbstbekehrung). Ebenso obliegt es den Einzelnen wie der Kirche als Ganzer zu helfen, dass Andere erst gar nicht ihrer Würde beraubt oder arm gemacht werden (Solidarität). Es ist eine Frage der Würde und der Gerechtigkeit, dass das Leben aller Menschen in intakter Natur möglich ist.

Diese Grundüberlegung der doppelten Korrektur – Solidarität und Selbstbekehrung – enthält eine weitere Überlegung, die noch offengelegt werden soll: Die Identität dieser Art des Christ- und Kircheseins besteht nicht darin, um sich selbst zu kreisen, sondern hinauszugehen, dort, wo Menschenwürde und die natürlichen Lebensgrundlagen bedroht sind. Papst Franziskus tritt immer wieder für dieses Anliegen ein: heraus aus der Selbstbezüglichkeit, hin an die Ränder der Existenz. Ein solches Selbstverständnis hat Konsequenzen für das Christ- und Kirchesein bei uns in Deutschland, in Mitteleuropa, weltweit.

Der kirchliche Auftrag von MISEREOR

Die deutschen Bischöfe haben im Jahre 1958 mit dem Bischöflichen Werk MISEREOR eine Institution geschaffen, mit der sie angesichts von „Hunger und Krankheit in der Welt“ ihre weltweite Solidarität organisieren. Für MISEREOR ist das Herausgehen an die Ränder der Existenz Auftrag und Programm. Im Geiste des Evangeliums und der christlichen Sozialethik ist MISEREOR bestrebt, den besonders benachteiligten Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika „zu einem Leben in Würde zu verhelfen und dadurch Gerechtigkeit, Freiheit, Versöhnung und Frieden in der Welt zu fördern“[1]. Kardinal Frings gab dem Werk bei seiner Gründung drei Aufgaben mit auf den Weg, die bis heute fortgeschrieben werden: Zum einen finanzielle Unterstützung von Partnerorganisationen mit dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, zum anderen Fastenpastoral und Bildungsarbeit in

[1] Satzung des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR e.V., § 2.2 vom 16.11.1989, in: *http://www.misereor.de/ueber-uns/auftrag-struktur/satzung.html*, 5.5.2014.

Deutschland und schließlich politische Lobbyarbeit, in den Worten von Frings heißt dies: „den Mächtigen ins Gewissen zu reden“[2]. Der Auftrag von MISEREOR besteht also in der finanziellen Unterstützung von Organisationen, die Armut, Ausschluss, Naturzerstörung und deren Ursachen im globalen Süden überwinden helfen. Dafür richtet sich MISEREOR an Gemeinden, Schulen, Gruppen und Verbände sowie individuell an Christinnen und Christen, an alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, um deren Selbstverständnis und Lebensstil in Richtung eines solidarischen und nachhaltigeren Verhaltens zu motivieren bzw. um sie in ihrer Handlungsfähigkeit zu unterstützen. Und ein weiterer, ebenso wichtiger Teil des Selbstverständnisses von MISEREOR ist die politische Einmischung zugunsten der Menschen im Süden.

Wie ein roter Faden tauchen dabei bestimmte Fragen zum Konzept von „Entwicklung“ immer wieder auf. Es sind die Fragen nach der Selbstbestimmung der Armen und Ausgeschlossenen, der angemessenen Weise der christlichen und kirchlichen Solidarität mit ihnen, den Formen von Politik, die Gerechtigkeit und Frieden sowie ein gutes Leben aller ermöglichen und den angemessenen persönlichen Lebensstilen in Deutschland.

Im Laufe der beinahe sechs Jahrzehnte seit dem Bestehen von MISEREOR wurden die Antworten immer gemäß den neuen Herausforderungen neu gegeben. Wie steht es also heute mit den politischen Leitlinien für „Entwicklung“ (Abschnitt 2); einer Entwicklung, die dem Leben aller Menschen und der Erhaltung der Lebensgrundlagen in einer intakten Natur dient? Mit welchen Hindernissen ist bei der Umsetzung dieser Leitlinien zu rechnen und welche Möglichkeiten zur Überwindung gibt es aus der Perspektive von MISEREOR (Abschnitt 3)?

---

[2] Vgl. Joseph Frings, „Abenteuer im Heiligen Geist. Rede zur Gründung von MISEREOR“, gehalten am 19. August 1958 vor der Fuldaer Bischofskonferenz in Fulda (19.–21. August 1958), in: *http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Fringsrede1958allgemein.pdf?PHPSESSID=e4a537d6bc9b8bf15bd6391db3adca37*, 5.5.2014.

Wie wollen wir leben – damit alle leben können?

Für MISEREOR ist Veränderung auf dem ganzen Erdplaneten notwendig. Die Situation von Hunger auf der einen und Überfluss auf der anderen Seite ist nicht alternativlos. Die Frage lautet: Welche Entwicklung? Wohin Entwicklung? Wer definiert Entwicklung? Egal, wie wir es drehen und wenden: Wir Menschen kommen nicht darum herum, uns auf Weltebene darüber zu verständigen, wie wir in Zukunft leben können und wollen. MISEREOR stellt sich für die nächsten Jahre folgende Leitfrage: *Wie wollen, wie werden wir leben, damit alle Menschen gut leben können?* Diese Diskussion will MISEREOR nicht allein aus der Perspektive einer europäischen, bildungsbürgerlich geprägten Mittelschicht heraus führen, sondern es will die Perspektive der Armen weltweit in diesem Prozess mehr und besser hören. Deswegen werden Anstrengungen unternommen, um gleichzeitig in Deutschland und in den Ländern des Südens mit einigen der Partnerorganisationen die Frage „Wie wollen und wie werden wir leben – damit alle, besonders die Armen und Anderen, leben können?“ in den Blick zu nehmen und miteinander Antworten zu diskutieren.

Leitlinien für globales Handeln

Neubestimmung der Aufgaben und Ziele von Entwicklungspolitik[3]

Die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten sind erreicht. Unser Lebensmodell, das auf *kontinuierlichem Wachstum* und *steigendem Ressourcenverbrauch* basiert, ist global nicht tragfähig: Flüchtlinge an den Grenzen der Europäischen Union, Klimawandel wie er an außergewöhnlich langen Dürreperioden in Subsahara-Afrika sichtbar wird,

---

[3] Vgl. dazu ausführlich das MISEREOR-Positionspapier „Entwicklungspolitik in globaler Verantwortung“, Aachen, Februar 2013, in: *http://misereor.de/fileadmin/redaktion/MISEREOR_Positionspapier_BT-Wahl_2013_final.pdf*, 5.5.2014.

die Bankenkrise in Europa, das Reaktorunglück im japanischen Fukushima und Kriege um Öl und Wasser machen bei uns Schlagzeilen. Gerade wenn Entwicklungs- und Schwellenländer gemäß der ehemals propagierten „nachholenden Entwicklung“ unseren Weg kopieren, kommt es zum Kollaps des Systems. Andererseits muss gerade armen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit einer Entwicklung eingeräumt werden, in der ihnen ein Zugang zu grundlegenden und existenzsichernden Gütern eröffnet wird. Weltweite soziale und ökologische Gerechtigkeit nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung erfordert ein Umdenken nicht nur in der Entwicklungspolitik, sondern auch für die Entwicklungspfade, die wir einschlagen.

Als Reaktion auf diese Situation hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) dazu das Konzept einer „großen Transformation“ entwickelt.[4] Demgemäß muss eine nachhaltige Entwicklungspolitik in einem weitaus umfassenderen Maße als bisher auch auf die Bereiche Umwelt-, Klima- und Rohstoffpolitik und den übergreifenden Schutz globaler Gemeingüter ausgerichtet werden.[5]

Das Erreichen der im Jahr 2000/01 in der UNO beschlossenen Millenniumsentwicklungsziele[6] (Millennium Development Goals/ MDGs) bis zum Jahr 2015 bestimmte wesentlich die internationale Entwicklungsagenda. Bis 2013 fällt die Bilanz eher gemischt aus: Manche Ziele werden zumindest in einigen Regionen der Welt er-

---

[4] Vgl. die Studie auf *http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/*, 5.5.2014.

[5] Vgl. ausführlich Misereor / Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie, *Weltgemeinwohl. Neue Ansätze um Postwachstum und globale Gerechtigkeit*, Weltsichten-Dossier 12–2013/1–2014, Frankfurt a. M. 2013.

[6] U. a. Halbierung des weltweiten Hungers, Primarschulbildung für alle Kinder, Gleichstellung der Geschlechter, Senkung der Kindersterblichkeit um 2/3, Senkung der Sterblichkeitsrate von Müttern um ¾, Bekämpfung HIV/AIDS, Malaria, Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser, Entwicklung eines gerechteren Handels- und Finanzsystems.

reicht, andere deutlich verfehlt. Schon im Jahr 2012 wurde von der UNO in Rio beschlossen, die Ziele anzupassen, sie auf eine „nachhaltige Entwicklung“ hin zu öffnen: Es sollen nachhaltige Entwicklungsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), erarbeitet werden, die die ökologische, soziale und ökonomische Dimension von Entwicklung umfassen. Im Entwicklungsdeutsch: Der Post-2015 -Agenda-Prozess hat begonnen und steht kurz vor dem Abschluss. Er wird ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für Ziele und Ausrichtung der künftigen internationalen Entwicklungszusammenarbeit sein. So setzt sich MISEREOR für ein Konzept eines integrierten Systems globaler Nachhaltigkeitsziele ein, welches MDGs und SDGs verbindet und in ein menschenrechts- und wertebasiertes Handlungsprogramm eingebunden ist.

Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit

Das Paradigma „hier der reiche Norden, dort der arme Süden“, welches die Entwicklungspolitik der Vergangenheit geprägt hat, löst sich langsam auf. Immer weniger gibt es den armen „Süden“ und den reichen „Norden“. Bereits seit einigen Jahren sind die *Schwellenländer* China, Indien, Brasilien, Indonesien, Mexiko und Südafrika wichtige Akteure der internationalen politischen Strukturen und Gremien, des sogenannten Global Governance. Die globale Armut hat ein verändertes Gesicht. Fast drei Viertel der Armen leben in den wirtschaftlich „erfolgreichen“ Schwellenländern, die entsprechend von einem extremen Maß an sozialer Ungleichheit geprägt sind. Weltweit ist es zu großen Veränderungen durch die wachsende ökonomische und politische Bedeutung dieser Länder, die ihrerseits auch zu Gebern von Entwicklungshilfeleistungen geworden sind, gekommen. Die Herausforderung besteht darin, diese Tatsache in der weiteren Ausdifferenzierung der Ziele und Instrumente in der notwendigen Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern zu integrieren.

Neben dem Einsatz der klassischen Entwicklungszusammenarbeit ist in diesen Ländern insbesondere darauf zu achten, dass Agrar- und

Rohstoffpolitik so ausgerichtet werden, dass sie soziale Ungerechtigkeiten zwischen Armen und Reichen nicht weiter verschärfen, sondern einen Beitrag zur Entwicklung aller Bevölkerungskreise leisten können. Der Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit und die Förderung demokratischer Teilhabe muss übergreifendes Ziel der Entwicklungspolitik bleiben.

Auf dem *afrikanischen Kontinent* lebt die Mehrzahl der Menschen in den Ländern in Armut, in denen gewaltsame Konflikte ausgetragen werden. Hier ist der Zusammenarbeit mit den ärmsten und häufig fragilen Staaten Priorität zu geben. Ein wichtiges Instrument der Armutsminderung sind soziale Sicherungssysteme. Solche Sozialprogramme, die z. B. in Brasilien und Indien in unterschiedlicher Form eingeführt wurden, könnten ihrem Kontext entsprechend in afrikanischen Ländern umgesetzt werden. Von zentraler Bedeutung für eine wirksame und nachhaltige Armutsbekämpfung sind hier der Gesundheits- und Bildungsbereich und der besondere Schutz der Rechte von Frauen und Kindern.

Handlungsleitend für MISEREOR ist der Satz aus der Enzyklika Populorum Progressio: „Entwicklung ist der neue Name von Frieden“. Ganz offensichtlich besteht ein enger Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung. Kriege, gewaltsame Konflikte und terroristische Anschläge der Vergangenheit zeigen, dass die Welt geprägt ist von vielschichtigen ideologisch, ethnisch-religiös und machtpolitisch bestimmten Konfliktdynamiken. Die Weltbank hat in ihrem Weltentwicklungsbericht 2011 darauf hingewiesen, dass Armut in einem gravierenden Ausmaß vorrangig in den Ländern herrscht, in denen gewaltsame Konflikte ausgetragen werden. Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention gehören zu den zentralen Bestimmungsfaktoren der Entwicklungspolitik.

Entwicklung braucht aktive und unabhängige Zivilgesellschaften

Eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung bedarf des politischen Freiraums für eine aktive und ungehinderte Partizipation der jeweiligen Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Gruppen wirken als we-

sentliche Katalysatoren für notwendige politische Umbruchprozesse in ihren Ländern. Durch die Förderung der zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen im Süden leisten die kirchlichen Hilfswerke, politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen einen unverzichtbaren Beitrag. Diese Arbeit sollte auch zukünftig eine verstärkte Unterstützung durch den deutschen Staat erhalten.

Menschenrechte als Grundlage und Ziel von Entwicklungszusammenarbeit

Zum Einsatz für ein gutes Leben aller Menschen gehört, dass alle ihre Menschenrechte verwirklichen können. Gewährung und Schutz der Menschenrechte ist in erster Linie Aufgabe von Regierungen. Deswegen unterstützt MISEREOR das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer menschenrechtsbasierten Entwicklungspolitik. Durch die Unterzeichnung der internationalen Menschenrechtspakte hat sich Deutschland zu ihrer verbindlichen Umsetzung verpflichtet. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet einen Beitrag, Partnerländer bei der Umsetzung ihrer aus den verschiedenen Menschenrechtspakten resultierenden Menschenrechtspflichten zu unterstützen. Zudem haben Regierungen – eben auch die deutsche – gemäß den Maastricht Prinzipien extraterritoriale Staatenpflichten zum Schutz der Bevölkerung in Partnerländern vor Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Institutionen oder private Unternehmen. Die freiwilligen Unternehmensinitiativen zur verantwortlichen Geschäftsführung (Corporate Social Responsibility, Global Compact) reichen nicht aus und müssen durch verbindliche Regulierungsschritte ergänzt werden. Es braucht weitergehende Regeln für mehr Transparenz und eine gebührende Sorgfaltspflicht von Unternehmen entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette ebenso wie die Partizipation der lokalen Bevölkerung. Nicht zuletzt geht es auch darum, Transparenz von Zahlungsflüssen herzustellen, weil dadurch Korruption und Steuervermeidung wirksamer verhindert werden können.

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz

Angesichts der globalen Herausforderungen wie der Kampf gegen Armut und die Folgen des Klimawandels kommt der politischen Verpflichtung, die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, unveränderte Bedeutung zu. Mit den Finanzmitteln aus 0,7 Prozent des BNE allein sind die Probleme von Armut und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht zu lösen, wenn nicht ebenso soziale, politische und ökonomische Strukturen sowie kulturell geprägte Lebensstile und Werte verändert werden. Die Finanzierung globaler Entwicklungsziele, insbesondere auch im Klimabereich nach 2015, erfordert darüber hinaus den Einsatz zusätzlicher und innovativer Finanzierungsinstrumente wie zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer.

Ländliche Entwicklung, Hungerbekämpfung und Ernährungssicherung

Leitbild für die Förderung ländlicher Entwicklung und Ernährungssouveränität ist das Recht auf Nahrung. Einerseits ist es unerlässlich, den Zugang der Armen zu den Ressourcen Saatgut, Land und Wasser weiterhin zu gewährleisten. Dafür muss die Politik in Deutschland und der EU an dem Prinzip des Vorrangs der Ernährung vor der Verwendung von Biomasse als Futtermittel oder zur Energiegewinnung ausgerichtet werden. Andererseits sind Agrarinvestitionen und die Ausgestaltung von Märkten verstärkt darauf auszurichten, die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zu fördern. Insbesondere eine ausgebaute öffentliche Agrarforschung kann dazu beitragen, die spezifischen Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der bäuerlichen Betriebe weltweit besser zu befriedigen. Die deutsche Politik sollte Entwicklungsländer bei der Stärkung lokaler und regionaler Märkte unterstützen. Die Agrarpolitik der Europäischen Union muss dringend an entwicklungspolitischen Kriterien ausgerichtet werden. Dazu gehören z. B. die Übernahme der Internationalen Verantwortung der EU, die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung als

Grundprinzip oder die Verringerung von sozial und ökologisch bedenklichen Futtermittelimporten.

Entwicklung durch Klimaschutzpolitik und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen

Klimaschutz und Armutsbekämpfung gehören zusammen. Gerade für viele Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist globaler Klima- und Ressourcenschutz wesentlich, um überhaupt Entwicklungschancen verwirklichen zu können. Ein internationales Klimaabkommen ist deshalb unbedingt notwendig. Auf nationaler Ebene darf es Deutschland nicht nur beim Ausstieg aus der Kernenergie belassen. Eine echte Energiewende muss dem Klimaschutz – und damit auch dem Schutz vor noch schwerwiegenderen Folgen des Klimawandels für die Entwicklungsländer – dienen. Anzustreben wäre ein Klimaschutzgesetz, welches z. B. festschreibt, dass die Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zu senken sind. Zudem sollte es das langfristige Ziel festschreiben, eine nahezu kohlenstofffreie Wirtschaft bis 2050 zu entwickeln.

In der Klimafinanzierung und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sollten Partnerländer umfassend bei ihren Bemühungen beim Umbau zu kohlenstoffarmen Gesellschaften unterstützt werden. Dazu gehört die Förderung von dezentralen, auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystemen, die insbesondere den Zugang der Armen zu Energie zum Ziel haben.

Widerstände und Ressourcen für den Wandel

Damit die skizzierten politischen Leitlinien umgesetzt werden und Wandel möglich wird, braucht es Menschen und Organisationen als Akteure, die das wollen und sich dafür vor Ort, aber auch regional, national und sogar international einsetzen. Dafür müssen die möglichen Akteure aber auch motiviert werden, braucht es auf den beiden

Ebenen des persönlichen Lebensstils und der politischen Einflussnahme neue Anreize, Informationen und Erfolg versprechende Vorschläge fürs Handeln.

MISEREOR richtet sich mittels der Fastenpastoral vor allem an ein kirchliches Zielpublikum. Die Bildungsarbeit des Werks in Gemeinden, Schulen, Akademien und Universitäten erreicht Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründen. In der Lobbyarbeit verbreitert die Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen wie säkularen Organisationen die Kompetenzen und stärkt das politische Gewicht der Forderungen an politische Entscheidungsträger. In allen Aktivitäten müssen die Schwierigkeiten bei der Umsetzung mit bedacht werden.

Der Abgrund zwischen Wissen und Handeln

In Deutschland können die Menschen sehr viel über ungerechte Lebensbedingungen und Umweltrisiken wissen. Was hindert die Menschen also daran, wenn sie das Wissen haben, ihre Verantwortung wahrzunehmen und den Traum einer anderen, gerechteren Welt zu verwirklichen? Es besteht ein unübersehbarer Abgrund zwischen Wissen und Handeln. Dieser Abgrund kommt immer stärker in den Fokus der Entwicklungsarbeit.[7]

Durch den Zwang zur Anpassung an den Wettbewerb hält uns unser Wirtschaftssystem ständig in der Sorge, ob es noch reicht, was wir tun. Personen, Unternehmen, Banken und selbst Staaten müssen sich stets verbessern, um bestehen zu können. Die Angst, den Anforderungen nicht mehr gerecht zu werden und folglich nicht mehr dazuzugehören, dringt immer tiefer in das Bewusstsein von Menschen und Organisationen ein. Die Kontrolle über das eigene Leben und Agieren geht verloren.

---

[7] Vgl. zum Folgenden auch Manfred Linz, *Wie lernen Gesellschaften – heute? Zur Verwirklichung politischer Einsichten oder: Abschied vom Wunschdenken*, Wuppertal 2012, S. 20 ff.

Eine weitere Erklärung für den Widerstand gegen Veränderungen bietet die Faszination, die von einem Wohlstand durch die Anhäufung von Gütern ausgeht. Das Fortschrittsdenken trägt dazu bei, die Vorstellung des unbegrenzten Wachstums aufrechtzuerhalten. Hinter dieser Art des Fortschrittsdenkens steckt letztlich ein Glaube an einen Wandel ohne Umkehr.[8] Hier ist das Wort „Wandel" beinahe verharmlosend, geht es doch eher um Brüche mit den überkommenen Formen des Lebensstils und seiner politischen und ökonomischen Voraussetzungen.

Schwierige Solidarität

Im Blick auf die Zahlen aus Umfrageergebnissen des Instituts Allensbach[9] vom September 2012 wird der Abgrund zwischen Wissen und Handeln noch greifbarer:

- 55 Prozent der Bürger wollen, dass das Geld und materielle Ziele eine geringere Rolle spielen.
- 66 Prozent begrüßen es, wenn die Entwicklung hin zu einem einfacheren Lebensstil ginge.
- 76 Prozent wünschen sich mehr Solidarität und Zusammenhalt. Aber nur 9 Prozent glauben, dass diese Entwicklung einsetzt. 67 Prozent glauben, dass die Menschen egoistischer werden.
- 80 Prozent wünschen sich eine Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich.

Aber das faktische Verhalten ist konträr: Die Allensbacher Forscher stellen eine ausgeprägte Freude an Besitz und Konsum fest. Ihnen zufolge will die große Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensstandard halten. Diese Mehrheit hat nach ihrer eigenen Einschätzung viel zu verlieren. Das stärkt den Beharrungswunsch. Diejenigen sind in der Minderheit, die sich materielle Wünsche versagen. Eine Mehrheit

---

8 Vgl. *ebenda*, S. 21.

9 Vgl. die Beilage „Denk ich an Deutschland 2012" der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. September 2012.

findet, dass Risiken zunehmen. – Deswegen ist es relevant zu fragen, wo Sicherheit herkommt. 80 Prozent sagen, dass sie Sicherheit aus eigenen Ersparnissen gewinnen, 52 Prozent gewinnen Sicherheit durch Immobilienbesitz. Die Umfrageergebnisse spiegeln nur wider, was Hilfs- und Missionswerke aus ihrer Arbeit wissen: Die Ressource Solidarität ist knapp. Wenn es genug davon gäbe, müsste nicht ständig dazu aufgerufen werden.

Das heißt: Es sind vor allem Angst vor Verlusten und Ohnmacht aus Überforderung, die Menschen handlungsunfähig machen. Angst und Ohnmacht hindern daran, den Traum einer besseren Welt – theologisch Reich Gottes genannt – zu verwirklichen.[10]

Dennoch immer wieder den Wandel versuchen

Um des Lebens der heutigen und zukünftigen Generationen willen ist es notwendig, unablässig den Versuch zu unternehmen, Ohnmacht zu überwinden.

Eine Ressource, die den einschneidenden Wandel motivieren kann, ist der christliche Glaube mit seiner Hoffnung, dass das Leben stärker als der Tod sei. Das Scheitern gehört dazu, weil der Glaube an die Auferstehung nur Sinn ergibt, wenn man zuvor versucht hat, das Leben zu verteidigen und das nicht gelungen ist. Es gibt zahlreiche Initiativen, in denen gezeigt wird, wie sozial und ökologisch verantwortlich gehandelt wird. Sie reichen von ökologischer Landwirtschaft über das Teilen von Autos und lokalen Währungen bis zur Energiewende.[11] Suffizienz – Selbstbescheidung – ist eines der wichtigen Stichworte der aktuellen Debatte: nur so viel wie die eigenen Bedürf-

---

[10] Vgl. Ulrich Duchrow / René Krüger et al., *Solidarisch Mensch werden,* Hamburg 2006.

[11] Zu den mittlerweile vielfältigen Ansätzen vgl. z. B. Uwe Schneidewind / Angelika Zahrnt, *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik,* München 2013; Wolfgang Kessler, *Zukunft statt Zocken. Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft,* Oberursel 2013.

nisse es erfordern zu verbrauchen. Dabei besteht das Problem darin, zu definieren, was bei den eigenen Bedürfnissen „genug“ ist. Die Visionen anderer Völker, Kulturen und Religionen können uns dabei ebenfalls inspirieren: etwa mit ihren Konzepten des Buen vivir (Lateinamerika), des Ubuntu (südliches Afrika) oder der kosmischen Harmonie (Asien). Für das, was „genug“ ist, gibt es mittlerweile zahlreiche Vorschläge[12]: Entschleunigung, Entflechtung, Entrümpelung und Entkommerzialisierung nach Wolfgang Sachs[13] oder, wie Bischof Luiz Falvio Cappio aus Brasilien sagt: „Mehr Leben mit weniger.“[14]

In Deutschland befinden sich die Kirchen in einem tiefgreifenden Umbruch. Die katholische Kirche ist dabei, die Anliegen von Franziskus I., seine Vision einer armen Kirche für die Armen zu verstehen. Für MISEREOR als kirchliches Werk der Entwicklungszusammenarbeit, das aus einer Fastenaktion entstand, ist seine Botschaft zur Fastenzeit 2014 eine Bestärkung und bleibende Herausforderung, die es weiterzugeben versucht: „Vergessen wir nicht, dass wahre Armut schmerzt: Ein Verzicht, der diesen Aspekt der Buße nicht einschließt, wäre bedeutungslos. Ich misstraue dem Almosen, das nichts kostet und nicht schmerzt.“[15]

---

12 Vgl. Uwe Schneidewind / Angelika Zahrnt, *ebenda*, S. 14.

13 Vgl. Wolfgang Sachs, „Die vier E’s: Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil“, in: *Politische Ökologie,* Nr. 33, 1993, S. 69–72.

14 „Mehr Leben mit weniger‘. Bischof Cappio berichtet vom Widerstand am Rio São Francisco“, in: *http://www.franziskaner.de/uploads/media/wmf_2_09_cappio_in_hofheim_01.pdf*, 5.5.2014.

15 Franziskus I., „Fastenbotschaft: Gott rettet durch die Armut Christi. Die Fastenbotschaft von Papst Franziskus für 2014“, in: *http://de.radiovaticana.va/news/2014/02/04/fastenbotschaft:_gott_rettet_durch_die_armut_christi/ted-770014*, 5.5.2014.